

660 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 15. Dezember 1971,
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafvollzugsgesetz
geändert wird (Strafvollzugsgesetznovelle 1971)

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates
sollen vor allem die Vorschriften über den Strafantritt, die
Bewegung von Gefangenen im Freien sowie die ärztliche Behandlung
von Strafgefangenen geändert werden. Gleichzeitig soll die Frist
für das Inkrafttreten der Bestimmungen über den besonderen Ent-
lassungsvollzug bis Ende 1974 erstreckt werden, soweit in
besonderen Fällen eine Vollziehung nicht schon früher organisa-
torisch möglich und empfehlenswert erscheint.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten
hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 20. Dezember
1971 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem
Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für
Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten somit den Antrag, der
Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 15. Dezember
1971, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafvollzugsgesetz
geändert wird (Strafvollzugsgesetznovelle 1971), wird kein
Einspruch erhoben.

Wien, am 20. Dezember 1971

Dr. R e i c h l
Berichterstatte

Dr. F r u h s t o r f e r
Obmann